

# RS Vwgh 2007/7/10 AW 2007/08/0029

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 10.07.2007

## Index

10/07 Verwaltungsgerichtshof  
62 Arbeitsmarktverwaltung  
66/02 Andere Sozialversicherungsgesetze

## Norm

AIVG 1977 §25 Abs4;  
AIVG 1977 §47 Abs1;  
VwGG §30 Abs2;

## Rechtssatz

Nichtstattgebung - Widerruf und Rückforderung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe - Was das Vorbringen des Beschwerdeführers, der gemäß § 30 Abs. 2 VwGG einen Antrag auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung gestellt hat, betrifft, 50% seines laufenden Arbeitslosengeldes würden einbehalten und er müsse seinen Unterhalt mit Einkünften unterhalb des Existenzminimums bestreiten, so ist darauf zu verweisen, dass mit der Aufrechnung mit rechtskräftig festgestellten Rückforderungsansprüchen gemäß § 25 Abs. 4 erster Satz, zweiter Halbsatz AIVG der Bevorzugung des Arbeitsmarktservice im Pfändungsfall Rechnung getragen wird (vgl. Dirschmied-Pfeil, AIVG3, Anmerkung 3.1 zu § 25 AIVG). Die Aufrechnung vermindert den Anspruch auf die zu erbringenden Leistungen. Gemäß § 47 Abs. 1 zweiter Satz AIVG ist darüber ein Bescheid zu erlassen. Die vom Antragsteller angesprochenen Beeinträchtigungen sind daher Gegenstand eines anderen Verfahrens.

## Schlagworte

Entscheidung über den Anspruch Besondere Rechtsgebiete Diverses

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2007:AW2007080029.A01

## Im RIS seit

14.12.2007

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>